



STANDPUNKT

focus 2/18

März

Kinder von heute gestalten die Städte von morgen



Marcus Casutt

Geschäftsführer des
Dachverbandes Offene
Kinder- und Jugendarbeit
Schweiz DOJ

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft von Gemeinden und Städten. Sie sind das wertvollste Gut, das wir haben. Unser oberstes Ziel sollte deshalb sein, Kinder und Jugendliche auf dem Weg zu mündigen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu begleiten.

Dazu braucht es Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitgestaltung. Im Gemeinwesen sind wir in vielen Fällen noch nicht soweit: Kinder und Jugendliche müssen oft erwachsen werden, bis sie in Gemeinden und Städten mitbestimmen können. Viele Entscheide von Gemeinden und Städten werden von Erwachsenen gefällt, haben aber Auswirkungen auf die Zukunft der Kinder und Jugendlichen.

Betrachten wir also Kinder nicht nur als unsere Zukunft, sondern bereits als Gegenwart. Was kann das konkret bedeuten für eine Stadt? Beziehen wir Kinder und Jugendliche bei Entscheidungen der Verwaltung ein (zum Beispiel bei der Neugestaltung des Dorfplatzes, bei der Verkehrs- und Raumplanung oder bei der Gestaltung eines sicheren Schulweges) und lassen wir sie die Erfahrung machen, dass sie mit Engagement ganz konkret etwas bewirken und verändern können. Dies fördert ihr Demokratieverständnis und erhöht die Chance, dass sie auch als Erwachsene aktiv

in der Gemeinde oder Stadt mitwirken. Dazu kommt, dass durch den Einbezug von Kindern und Jugendlichen in der Regel bessere Lösungen entstehen, weil sie die Expertinnen und Experten in ihrem Lebensumfeld sind.

Eine konsequent kinderfreundliche Gemeinde oder Stadt versteht Kinder- und Jugendförderung als Querschnittsaufgabe von Politik und Verwaltung, als gemeinsames Feld von Wirtschaft, Sozialem, Freizeit, Bildung, Bauwesen und Raumplanung usw. Eine kinderfreundliche Gemeinde ist mehr als Angebote in der Freizeit und der Schule. Es heisst, Freiräume schaffen, zulassen und erhalten, in denen Kinder und Jugendliche sich frei bewegen, treffen und spielen können. Kinderfreundlichkeit bedeutet auch sichere Wege, damit Kinder und Jugendliche von klein auf selbständig mobil sein und Erfahrungen sammeln können. Weiter, dass Gemeinden und Städte für ein Wohnumfeld mit verkehrsberuhigten Strassen mit Raum für Spiel und Kontakte mit Gleichaltrigen sorgen. In diesen hausnahen Freiräumen finden wichtige Sozialisations- und Integrationsprozesse statt.

Kennen Sie dieses afrikanische Sprichwort? «Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen.» Ja, heute und hier heisst dies: «Es braucht die ganze Gemeinde oder die ganze Stadt, um ein kinderfreundliches Umfeld zu schaffen und gelungenes Aufwachsen zu ermöglichen.»

Mehr zur Kinder- und Jugendförderung als Querschnittsaufgabe: www.doj.ch

Liebe Leserin, lieber Leser

Mit den ersten Frühlingstagen geht auch der Kampf um Kesseli und Schüfeli wieder los: Es wimmelt nur so von Kindern auf den städtischen Spielplätzen. Nicht nur daran ist ersichtlich, dass die Zahl der jüngsten Bewohner im urbanen Raum zugenommen hat. Auch ein Blick in die Statistik zeigt: In den Schweizer Städten kommen deutlich mehr Kinder zur Welt als noch vor wenigen Jahren. Und viele von ihnen werden auch hier gross.

Doch was braucht es überhaupt, damit sich Familien wohl fühlen in einer Stadt? Was erwarten Kinder von ihrer Gemeinde – und wie können ihre Bedürfnisse abgeholt werden? Wir haben nachgefragt in der Gemeinde Lyss, die als erste im Kanton Bern als kinderfreundlich ausgezeichnet wurde, sowie bei Expertinnen und Experten. Eines betonen alle: Für ein kinderfreundliches Umfeld muss die ganze Gemeinde zusammenarbeiten.

Viel Spass bei der Lektüre!

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Dank Kindern vernetzen sich Familien in der Gemeinde»


Andreas Hegg
Gemeindepäsident von Lyss

Andreas Hegg ist in dritter Amtszeit als Gemeindepäsident von Lyss tätig. Bevor er 2010 das Amt übernahm, war der FDP-Politiker bereits während mehreren Jahren in der Lysser Legislative und Exekutive tätig. Als Gemeinderat führte er ab 2002 zunächst die Ressorts Sicherheit und Bau, heute untersteht ihm die Abteilung Präsidiales und Finanzen. Andreas Hegg ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Söhne. Er arbeitete früher als Reallehrer, ist bestens im Dorfleben verankert und vielseitig engagiert.

Wie viele Kinder leben in Lyss?

Lyss bietet eine hohe Attraktivität für junge Familien. Per Ende 2017 lebten 2382 Kinder im Alter von 0 bis 16 Jahren in Lyss. Bei einer Gesamtbevölkerung von 14794 entspricht dies rund 16 Prozent. Der hohe Anteil junger Familien und damit auch einer entsprechenden Anzahl Kinder ist bereits bei einer Marktpotentialanalyse im 2006 aufgefallen.

Aus welchen Gründen sind denn Kinder wichtig für eine Gemeinde?

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Dank Kindern vernetzen sich Familien in der Gemeinde und integrieren sich in das Gemeindeleben. Kinder sprechen für Lebensfreude und Unbekümmertheit und grundsätzlich eine positive Lebenseinstellung. Wichtige Grundvoraussetzungen, um zukünftige Probleme anzugehen.

Lyss ist bereits an der Umsetzung des zweiten Aktionsplans als «Kinderfreundliche Gemeinde». Das Label ist also mehr als nur ein Etikett?

Lyss ist eine familienfreundliche Gemeinde und zu einer kompletten Familie gehören auch Kinder. Lyss hat in den letzten 20 Jahren viel in die Attraktivität von Kinder- und Familienangeboten investiert. So ist es eine logische Konsequenz, dass die Gemeinde den Beweis mit dem UNICEF-Label erbringen will, dass dies wirklich so ist. Allen voran bieten die Lysser Schulen gute Bildungsvoraussetzungen, und mit der Eissporthalle und dem

Parkschwimmbad gehören Schlittschuhlaufen, Curling, Schwimmen usw. zum regelmässigen Angebot der Lysser Schulen. Weiter wurde mit der Kulturfabrik KUFA Lyss ein Ausgangsangebot für die ganze Region realisiert. Kitas, Tageselternverein und Tagesferienbetreuung helfen Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Damit sich die Jugendlichen in unsere Gesellschaft einbringen können, steht ihnen die Kinder- und Jugendfachstelle Lyss zur Seite. Und die Politik hat dem Jugendrat starke Mitspracherechte im Parlament eingebaut.

Welche Erkenntnisse aus der Standortbestimmung mit der UNICEF waren für Sie am überraschendsten?

Die Tatsache, dass wir effektiv über ein gutes Grundangebot für Kinder und Jugendliche verfügen. Bisher haben wir dies – aus persönlicher Überzeugung – einfach behauptet. Nun hat uns die schriftliche Auswertung der Standortbestimmung von UNICEF Schweiz dies attestiert und mehr noch, die Empfehlung lautete, uns als erste Gemeinde im Kanton Bern für das Qualitätslabel «Kinderfreundliche Gemeinde» zu bewerben.

Inwiefern ist die Gemeinde in der Umsetzung gefordert – und wie zufrieden ist man mit den bisherigen Resultaten?

Die Gemeinde hat alles unternommen, um die KUFA finanziell mittel- bis langfristig auf sichere Beine zu stellen. In den strategischen Ausrichtungen geniessen die langfristigen Ziele betreffend generationenübergreifender At-

traktivität einen hohen Stellenwert. Dies fordert die Verwaltung und Ressorts, in diesem Bereich am Ball zu bleiben. Die UNICEF-Zertifizierung hat in Lyss viel Enthusiasmus ausgelöst. Das Label hat insbesondere dazu beigetragen, Lyss als attraktive, familienfreundliche Wohngemeinde in breiten Kreisen über die Region hinaus bekannt zu machen.

Raumplanung, Verkehrssicherheit, Bildung, Betreuungs- und Freizeitangebote – die Handlungsfelder sind vielfältig. Wo stösst die Gemeinde an Grenzen?

Es ist keine Frage der Grenzen, sondern der Prioritäten. Aktuell liegt zuoberst auf der Prioritätenliste die Raumplanung, im Speziellen die Themen der inneren Verdichtung. Wie können die Potentiale für die innere Verdichtung genutzt werden und wie kann dabei attraktiver Begegnungs- und Entfaltungsraum geschaffen werden? Der Gemeinde Lyss ist es immer wichtig, dass alle Massnahmen, welche angegangen werden, eine hohe Qualität für die Verbesserung des Zusammenlebens haben.

Wie sieht Lyss in 20 Jahren aus?

In Lyss leben immer noch sehr viele junge Familien, welche ein attraktives Angebot in den Bereichen Bildung, Freizeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie nutzen können. In Lyss lebt man auch in 20 Jahren hammermässig, vom Wohnen über die Bildung und das Arbeiten bis hin zum Einkaufen oder der Freizeit. In Lyss ist man rundum gut versorgt.

THEMA

Immer mehr Gemeinden fördern die Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Kindern eine Stimme geben und sie mitbestimmen lassen, wo sie direkt betroffen sind – die Partizipation von Kindern und Jugendlichen macht Schule. Nicht nur in der Familie und im Klassenzimmer, sondern vermehrt auch in Städten und Gemeinden. Dieses Ansinnen unterstützt UNICEF Schweiz mit der Initiative «Kinderfreundliche Gemeinde». Für eine erfolgreiche Umsetzung muss «Kinderfreundlichkeit» als Querschnittsaufgabe verstanden werden.



Katherine Haller,
Leiterin Public Affairs bei
UNICEF Schweiz

Kein Kind wird als Demokrat geboren. Zuerst muss es verstehen, welche Wertvorstellungen unserem System zugrunde liegen. Es muss lernen, weshalb unsere Gesellschaft an Normen gebunden ist und trotzdem viele Freiheiten geniessen kann. Und es muss erfahren, dass es sein Leben selber in die Hand nehmen und gleichzeitig sein Umfeld mitgestalten kann. Kinder schon früh an Entscheidungsprozessen partizipieren lassen stärkt das Demokratie-Verständnis der jungen Generation.

Nebst Eltern und Schule kommt der Gemeinde dabei eine wichtige Rolle zu. Das Kind identifiziert sich mit der Gemeinde, in der es aufwächst. Sie ist Teil seiner Identitätsbildung und prägt sein Lebensumfeld. Die Gemeinde muss dem Kind den nötigen Schutz bieten und es fördern: Wie sollen Spiel- und Pausenplätze gestaltet, wie ein sicherer Schulweg durch die Quartierstrassen gewährleistet sein?

«Das Kind identifiziert sich mit der Gemeinde, in der es aufwächst. Sie ist Teil seiner Identitätsbildung und prägt sein Lebensumfeld.»

Die Sicht der Kinder ist grundsätzlich überall dort mit zu berücksichtigen, wo sie tangiert sind. So verlangt es die Kinderrechtskonvention. Viele Gemeinden sind sich dieser Verantwortung zwar bewusst, jedoch mangelt es meist an einem umfassenden Instrumentarium: Fehlende Leitbilder, eine fehlende Systematisierung der Prozesse, fehlende Normen und fehlendes Wissen, wie kindliche Bedürfnisse interpretiert und in Strategien und Aktivitäten umgesetzt werden können, verhindern,

dass Kinder aktiv am kommunalen Geschehen teilnehmen. Und selbst wenn eine Gemeinde kinderfreundliche Projekte unterstützt, stehen und fallen diese meist mit dem Engagement einzelner Personen. Es bedarf deshalb einer nachhaltigen, strukturellen Verankerung im Sinne eines politischen Mandats sowie der Vernetzung der handelnden Akteure.

Die Initiative «Kinderfreundliche Gemeinde» fördert diese Prozesse gezielt. Sie stützt sich auf die vier Grundprinzipien Kindeswohl, Partizipation, Nichtdiskriminierung und Recht auf Leben und Entwicklung. Partizipation ist in der Initiative aber insofern zentral, als sie als Querschnittsaufgabe zu verstehen ist und einen grossen Beitrag dazu leistet, die Lebenswelt der Kinder in ihrem Sinne zu gestalten.

«Partizipation ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen und leistet einen grossen Beitrag dazu, die Lebenswelt der Kinder in ihrem Sinne zu gestalten.»

In einer Standortbestimmung eruiert die Gemeinde in einem ersten Schritt, wo sie punkto Kinderfreundlichkeit steht. Viele Gemeinden berichten von ähnlichen Mankos: Es fehlen die Strukturen und bereichsübergreifende Massnahmen für eine konsequente Kinderfreundlichkeit. Ausserdem fällt auf, dass die Beteiligung von Kindern am kommunalen Geschehen mit zunehmendem Alter abnimmt. Dies bestätigt auch die «Partizipationsstudie» aus dem Jahr 2015, die im Auftrag von UNICEF Schweiz von der Universität Zürich durchgeführt wurde. Das Ergebnis erstaunt, zumal Kinder und Jugendliche, je älter sie werden, selbstbestimmter auftreten und mehr mitbestimmen können. Eine mögliche Antwort darauf könnte sein, dass gewisse Angebote in Gemeinden für Jugendliche zu wenig auf ihre spezifische Lebenswelt ausgerichtet sind. Diesem Umstand gilt es Rechnung zu tragen.

Nach der Standortbestimmung haben die Kinder bei einem Partizipationsworkshop die Möglichkeit, ihre Ideen und Wünsche für ein kindergerechtes Leben in der Gemeinde einzubringen. Als mögliche Beispiele für die Ausgestaltung solcher Workshops dienen etwa Quartierdetektive, Schülerräte oder offene Kinderkonferenzen. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf eine professionelle Organisation und Nachbearbeitung zu richten. Zudem müssen genügend Kinder aus sämtlichen Altersklassen repräsentativ an den Workshops teilnehmen. Die Verantwortlichen sollten den Kindern auf Augenhöhe begegnen und ihren Anliegen angemessen Rechnung tragen.

Anhand der Ergebnisse der Standortbestimmung und des Workshops sind konkrete Massnahmen abzuleiten und in einem Aktionsplan – dem eigentlichen Herzstück des Prozesses – festzuhalten. Oft ist es nicht einfach, die Vorstellungen der Kinder umzusetzen. Umso wichtiger ist es, dass das Thema «Kinderfreundlichkeit» in sämtliche Departemente einfließt, um Anliegen aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. In der Folge müssen Verantwortlichkeiten definiert und Ressourcen freigesetzt werden. Es ist äusserst wichtig, dass die Entscheide breite politische Zustimmung finden und klare Prozesse definiert werden, um den Aktionsplan in den folgenden vier Jahren umzusetzen. Schliesslich stellt sich bei der Schlussevaluation für die Gemeinde die Herausforderung, die geleistete Arbeit sichtbar zu machen.

«Es ist wichtig, dass «Kinderfreundlichkeit» in sämtliche Departemente einfließt. Es müssen Verantwortlichkeiten definiert und Ressourcen freigesetzt werden.»

Das UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde» kommt in erster Linie den Kindern und Jugendlichen zugute. Die Zertifizierung verschafft aber auch der Gemeinde unzweifelhafte Vorteile: mehr Lebensqualität für die gesamte Gemeinde, Standortvorteile und die horizontale Vernetzung auf kommunaler Ebene. Kurzum: eine Win-win-Situation für alle Beteiligten.

Mehr Informationen: www.unicef.ch

POLITIK

Rückblick auf die Frühjahrssession

Nach der Aufdeckung unrechtmässig verbuchter Gewinne bei PostAuto war die Affäre auch in der Frühlingssession ein dominierendes Thema.

Viele Fragen zu PostAuto

Der Nationalrat führte eine dringliche Debatte zu PostAuto. Antworten auf die zahlreichen Fragen an Verkehrsministerin Doris Leuthard gab es aufgrund der laufenden Untersuchungen erst wenige. Für den SSV ist zentral, dass auch im Ortsverkehr eine lückenlose Aufarbeitung und Rückzahlung von fehlerhaft verbuchten Subventionen stattfindet. Auch die Zukunft des Poststellennetzes gab weiter zu reden. Der Nationalrat überwies eine Motion zur strategischen Postnetzplanung an den Bundesrat.

Nationales Buserminal-Konzept

Bei der Beratung der Vorlage zur Organisation der Bahninfrastruktur kam der Nationalrat zum Schluss, dass Fernbusse keine wesentliche Konkurrenz für die Bahn darstellen. Er verzichtete deshalb auf eine Ergänzung der Vorlage. Gleichzeitig nahm der Nationalrat eine Motion seiner Verkehrskommission oppositionslos an, welche vom Bundesrat ein nationales Konzept für Buserminals verlangt. Aus Sicht des SSV ist es sinnvoll, gesamtschweizerische Grundsätze zu erarbeiten. Falls der Bund Städten und Ge-

meinden Vorgaben zur Infrastruktur der Haltepunkte macht, muss er aber auch die Finanzierung übernehmen. Zudem ist es wichtig, dass die Kompetenz zur Planung und Umsetzung der Terminals bei den Städten bleibt und der SSV in die weiteren Arbeiten einbezogen wird. Die Motion geht nun an den Ständerat.

Keine Lockerung beim Strahlenschutz

Der Ständerat hat Bedenken, die Strahlenschutzvorschriften für Mobilfunkanlagen zu lockern. Er lehnte eine Motion seiner Fernmeldekommission ab, die die Anlagengrenzwerte für nichtionisierende Strahlung erhöhen wollte. Der Städteverband und die Organisation Kommunale Infrastruktur sehen die 5G-Technologie als wichtige Grundlage für die weitere Digitalisierung. Jedoch sollte vor einer Erhöhung der Grenzwerte mit den Städten und Gemeinden abgeklärt werden, wo die heute üblichen Grossantennen vermehrt mit Kleinzellen kombiniert werden können.

Ergänzungsleistungen unter Druck

Bei der Reform der Ergänzungsleistungen EL entschied der Nationalrat, die maximal anrechenbaren Mieten nur leicht zu erhöhen. Die Kantone erhalten die Möglichkeit, sogar unter das aktuelle Niveau zu gehen. Heute können viele Betagte oder Behinderte die Miete mit den EL nicht mehr decken. Die Beiträge für

jüngere Kinder werden nach dem Willen des Nationalrats gesenkt. Das dürfte vor allem IV-Rentnerinnen und -Rentner treffen. Beim Kapitalbezug gibt es hingegen keine Einschränkungen. Auch Selbständige können frei über ihr Pensionskassenguthaben verfügen.

Status der vorläufigen Aufnahme bleibt

Der Status der vorläufigen Aufnahme wird nicht abgeschafft. Der Ständerat lehnte eine Motion aus dem Nationalrat ab. Er will aber Hürden abbauen, damit mehr vorläufig Aufgenommene arbeiten können. Einer entsprechenden Motion seiner Kommission stimmte der Ständerat deutlich zu.

Zersiedelungsinitiative und Velo-Initiative

Der Ständerat lehnt die Zersiedelungsinitiative der Jungen Grünen ohne Gegenvorschlag ab. Auf Widerstand stiess besonders das verlangte Einfrieren der Bauzonenfläche, wonach bei Einzonungen künftig immer eine qualitativ gleiche Fläche ausgezont werden müsste. Bei der Velo-Initiative hingegen unterstützt der Nationalrat wie bereits der Ständerat den Gegenvorschlag. Dieser sieht vor, dass der Bund Massnahmen der Kantone und Dritter unterstützen kann, aber nicht muss. Auch der Städteverband steht hinter dem Gegenvorschlag und begrüsst eine Förderung des Veloverkehrs auf Bundesebene.

Vernehmlassungen

Wichtige Integrationsarbeit der Städte

Mit zwei Verordnungen möchte der Bund die Integration von Ausländern und die Vergabe von ausländerrechtlichen Bewilligungen einheitlicher regeln. Die beiden Pakete - die Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit VZAE und die Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern VIntA haben bei den Städten Kritik ausgelöst. Die Regelungen berücksichtigen primär die Kantone. Die Rolle der Gemeinden sprechen sie nur am Rande an, obwohl viele Städte in der Integrationspolitik wegweisende Angebote aufgebaut haben. Zudem sind die Regelungen aus Sicht der Städte zu wenig präzise. Positiv hervorzuheben sind die Elemente der VZAE, die die Stellensuche von Flüchtlingen

erleichtern, etwa indem die Bewilligungspflicht durch eine Meldepflicht ersetzt wird.

Bundesgesetz über die Familienzulagen

Im Gesetz zu den Familienzulagen sind zwei Anpassungen vorgesehen: Zum einen sollen Eltern ab dem Zeitpunkt Ausbildungszulagen für Kinder erhalten, an dem ihre Kinder die nachobligatorische Ausbildung beginnen und das 15. Altersjahr vollendet haben. Dieses Vorverlegen des Zeitpunkts für die Ausrichtung von Ausbildungszulagen entlastet nicht nur Familien, sondern wirkt sich womöglich auch positiv auf die Sozialhilfe aus. Zudem wird ein Anspruch auf Familienzulagen für arbeitslose alleinstehende Mütter während des Mutterschaftsurlaubs festgelegt. Der Städteverband begrüsst beide Änderungen.

StPO: Bewährte Abläufe beibehalten

Grundsätzlich begrüsst der SSV die Revision der Strafprozessordnung. Er erkennt aber insbesondere im Bereich der Übertretungen einen Widerspruch der Änderungsvorschläge zum Grundgedanken der StPO. Diese wollte mit dem Strafbefehlsverfahren ein vereinfachtes Verfahren für weniger schwerwiegende Fälle einführen. Auch wirkt die präventive Funktion des Strafrechts nur, wenn mit einer rasch greifenden Justiz zu rechnen ist. Vorschlägen, die administrativen Mehraufwand verursachen und Ressourcen verschwenden, ist daher Gegensteuer zu geben.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Ein wichtiges Zeichen für ein unabhängiges Radio- und Fernsehangebot



Städte und Gemeinden haben ein grosses Interesse an einem vielfältigen und unabhängigen Informationsangebot. Der Städteverband ist deshalb erfreut über die deutliche Ablehnung der «No Billag»-Initiative: Mit dem gebührenfinanzierten Radio und Fernsehen bleibt ein wichtiges Element der politischen Meinungsbildung auf kommunaler Ebene bestehen. Erhalten bleiben auch wichtige Arbeitsplätze bei der SRG und den lokalen und regionalen Radio- und Fernsehstationen, die sich mehrheitlich in den Städten oder städtischen Gemeinden befinden. Für den Schweizer Kulturplatz ist das Nein ebenfalls erfreulich. Die SRG spielt in der Verbreitung und der Förderung von Schweizer Kulturschaffen eine zentrale Rolle, besonders im Bereich des Films und der Musik.

www.staedteverband.ch

Breite Allianz fordert zeitgemässen und flexiblen Wasserzins



Wasserkraftwerke sollen ihren Standortkantonen und -gemeinden einen zeitgemässen Wasserzins bezahlen. Dies fordert eine breite Allianz aus Wirtschaft, Stromwirtschaft, Agentur Erneuerbare Energien, Städteverband und Konsumentenforum. Sie schlägt einen Zins vor, der sich aus einer weiterhin fixen und einer variablen Abgabe zusammensetzt. Viele Städte und Gemeinden engagieren sich mit lokalen energiepolitischen Massnahmen, aber auch als Eigentümer von Energieversorgern in der Energiepolitik. Die Wasserkraft ist die zentrale Stütze einer sicheren, umweltfreundlichen Stromversorgung in der Schweiz. Der Städteverband unterstützt eine Lösung, welche die legitimen Ansprüche der betroffenen Gemeinwesen sichert und mit der Markt-Realität unter einen Hut bringt. Er will zudem gute Rahmenbedingungen für alle erneuerbare Energien.

www.staedteverband.ch

Städteverband begrüsst Verlängerung der Bundesbeiträge für Lärmsanierungen



Die Bundesbeiträge für Lärmsanierungen der Strassen werden bis Ende 2022 verlängert. Der Bundesrat hat im Februar die

Revision der Lärmschutz-Verordnung genehmigt. Diese tritt am 1. April 2018 in Kraft. Der Städteverband begrüsst den Entscheid. Er hat sich in der Vergangenheit mit den Kantonen mehrmals für eine Verlängerung der Bundesbeiträge eingesetzt. Die Fristverlängerung gibt Kantonen, Städten und Gemeinden die Möglichkeit, bisher nicht ausgeschöpfte Finanzmittel für Massnahmen gegen Strassenlärm zu verwenden. Noch immer ist rund ein Fünftel der Bevölkerung täglich von übermässigem Strassenlärm betroffen. Für den SSV ist deshalb klar, dass die Finanzierung der Lärmschutzmassnahmen auch nach 2022 gesichert sein muss. Der SSV verlangt daher vom Bund, den Lärmschutz als Daueraufgabe zu anerkennen und auch dessen Finanzierung angemessen sicherzustellen.

www.bafu.admin.ch

BAK Frühjahrsprognose-Tagung 2018 widmet sich Schweizer Stadt-Regionen



Die Schweizer Wirtschaft hat wieder richtig Fahrt aufgenommen. BAK Economics rechnet für 2018 mit einem kräftigen Wachstum von 2,4 Prozent. Die Stadt-Regionen sind dank einem vorteilhaften Branchenmix und einer hohen Standortattraktivität für Hochqualifizierte gut aufgestellt, um von diesem Aufschwung zu profitieren. Dennoch: Der rasante Strukturwandel und das Bevölkerungswachstum der letzten Dekade sind für die Kernstädte und die Agglomerationsgemeinden finanziell und raumplanerisch herausfordernd. Finanziell anspruchsvoll wird auch die geplante Umsetzung der Steuervorlage 17, welche die Schweizer Steuerlandschaft umpflügen wird. Neben der jährlichen BAK Frühjahrsprognose werden an der Tagung vom 26. April in Basel die Schweizer Stadt-Regionen explizit thematisiert. SSV-Mitglieder zahlen 150 anstatt 300 Franken.

www.bak-economics.com

Der Städteverband sucht eine/n neue/n Leiter/in Verkehrspolitik



Die Verkehrspolitik ist ein Schlüsselbereich des Städteverbandes. Die Person führt zudem die Städtekonferenz Mobilität und die Fachgruppe der Stadt- und Gemeindeingenieure.

www.staedteverband.ch

Kurzmeldungen

Förderung von Partizipationsprojekten

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist auch Thema im aktuellen Magazin der Stiftung Mercator. Die Stiftung fördert Projekte, die Grundlagen erarbeiten, förderliche Rahmenbedingungen schaffen und für die Bedeutung von Partizipation sensibilisieren. Organisationen, die Projekte im Bereich Partizipation planen, können sich bei der Stiftung um eine Förderung bewerben.

www.stiftung-mercator.ch/partizipation

Innovative Mobilitätsprojekte gesucht

Die Koordinationsstelle für nachhaltige Mobilität KOMO sucht erneut innovative Projekte – von der IT-Lösung für ein einfacheres Parkplatzmanagement bis hin zu Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs.

www.energieschweiz.ch

Erster Schweizer Vorlesetag

Am 23. Mai findet der erste Schweizer Vorlesetag statt. Auch Politikerinnen und Politiker lesen Kindern und Jugendlichen vor – sei es im Rathaus, im Kindergarten, im Park oder in der Bibliothek. Der SSV unterstützt den Tag als Netzwerkpartner.

www.schweizervorlesetag.ch

Kooperationen von Gemeindewerken

Die Organisation PUSCH - Praktischer Umweltschutz zeigt an einer Tagung am 14. Juni, wie sich Stadt- und Gemeindewerke durch Kooperationen erfolgreich entwickeln können. Neben dem gesetzlichen Rahmen und den technischen Erneuerungen im Bereich Speicherung und Smart Grid werden Formen von Kooperationen und Erfolgsfaktoren für eine zukunftsfähige Entwicklung diskutiert. SSV-Mitglieder erhalten 15% Ermässigung.

www.pusch.ch

Kurse zum Energiespar-Contracting

Mit Energiespar-Contracting können Liegenschaftsbesitzer Energie, CO₂ und Kosten sparen. Der Verein swissesco bietet Entscheidungsträgern im öffentlichen und privaten Sektor, Liegenschaftsverantwortlichen und Energiedienstleistern am 24. Mai einen Basiskurs sowie Vertiefungskurse dazu.

www.swissesco.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 14. Juni 2018** **Tagung «5 Jahre Raumkonzept Schweiz»** in Bern
Information: regina.gilgenthetaz@are.admin.ch
- 21. Juni 2018** **Nationale Tagung «Quartiere im Wandel» Netzwerk Lebendige Quartiere** in Solothurn
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 35 632 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch
- 30./31. August 2018** **Städtetag 2018** in Solothurn
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Organisation Kommunale Infrastruktur

- 14./15. Juni 2018** **Mitgliederversammlung OKI 2018** in Bellinzona
Information: Romana Kocher, Telefon 031 356 32 42, info@kommunale-infrastruktur.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 19. April 2018** **Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur** in Bern
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@skk-cvc.ch
- 4. Juni 2018** **Mitgliederversammlung und Fachanlass der Städtekonferenz Mobilität**
Information: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch
- 8. Juni 2018** **Frühlingskonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik** in Baden
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative .ch
- 10. September 2018** **SKOS-Forum/Städteinitiative-Tagung der Leitenden Angestellten** in Olten
Information: www.skos.ch

Weitere Organisationen

- 11. April 2018** **Strategiekongress SmartSuisse** in Basel (Patronat: SSV)
Information: www.smartsuisse.com
- 13. April 2018** **«Zukunft öffentlicher Raum»** in Rüschlikon (Patronat: SSV)
Information: www.gdi.ch
- 26. April 2018** **BAK Frühjahrsprognose-Tagung 2018: Schweizer Stadt-Regionen auf dem Prüfstand** in Basel (Patronat: SSV)
Information: www.bak-economics.com
- 23. Mai 2018** **Schweizer Vorlesetag** (Patronat: SSV)
Information: www.schweizervorlesetag.ch
- 14. Juni 2018** **Kooperationen für zukunftsfähige Gemeindewerke** in Zürich (Patronat: SSV)
Information: www.pusch.ch
- 22. Juni 2018** **3. Nationale Tagung Gesundheit & Armut** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.bfh.ch
- 24. Mai 2018** **Energiespar-Contracting verstehen und umsetzen** in Zürich
25. September 2018 Information: www.energie-zentralschweiz.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern

Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Barbara Brechbühl, Karin Christen, Nadja Huonder, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer; Übersetzungen:

proverb; Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Portrait Seite 1: zvg; Foto Seite 2: zvg; Bild Seite 3: zvg

Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch

Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch